



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

22. Jg. Nr. 5
Oktober 2016

Editorial

500 – Jetzt geht's los!

Es war kein leichter Weg, bis klar war, wie sich die katholische Kirche am großen Reformationsgedenken im kommenden Jahr 2017 beteiligt. Aber nun ist die Sache entschieden – und das Ergebnis ist sehr gut. Es gibt nicht nur mehrere große gemeinsame Veranstaltungen, darunter unser gemeinsames von Laien und Kirchenleitungen veranstaltetes Ökumenisches Fest am 16. September 2017 in Bochum. Wichtig ist vor allem, dass es gelungen ist, in einen gemeinsamen Prozess der "Heilung der Erinnerung" einzutreten. So kann 2017 – die sehr gelungene gemeinsame Reise von Bischofskonferenz und Rat der EKD in das Heilige Land hat es gezeigt – auch zu einem weiteren Schritt in der Geschichte des ökumenischen Lernens werden. Das gemeinsame Wort der Kirchen "Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen" beschreibt, woher wir kommen und wohin wir wollen.

Die 500-Jahr-Feier soll – unter der gemeinsamen Wahrnehmung des Evangeliums – ausdrücklich die ökumenische Verbundenheit stärken, die in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. In Deutschland waren die beiden Ökumenischen Kirchentage 2003 und 2010 sicher besondere Stationen dieses Weges, in Europa die drei Europäischen Ökumenischen Versammlungen 1989, 1997 und 2007. Das Reformationsjubiläum soll gemeinsam als Christusfest begangen werden – wir wollen gemeinsam glaubwürdiger Zeugnis für Jesus Christus geben.

500 – ein eindrucksvoller Anlass. Freuen wir uns mit unseren evangelischen Schwestern und Brüdern über enorme öffentliche Aufmerksamkeit, wie wir sie von Kirchentagen und Katholikentagen, katholischerseits auch von Papstbesuchen und Weltjugendtagen kennen. Freuen wir uns auf dieses gute Jahr mit seinen vielen Stationen – und sind wir möglichst oft und möglichst viel dabei: Jetzt geht's los!

Stefan Vesper

Inhalt

- Suche Frieden** _____ 2
Ein Gestaltungsauftrag
[Thomas Söding](#)
- Turbulente Zeiten** _____ 4
Gerechtes Wachstum – was heißt das
und wie ermöglichen wir das?
[Wolfgang Schäuble](#)
- Verlässliche Altersversorgung für
alle Generationen sichern** _____ 6
Sozialethische Maßstäbe für Reform-
vorhaben in der Rentenpolitik
[Hildegard Müller](#)
- Unerfüllter Kinderwunsch –
psychosoziale Beratung** _____ 8
Auseinandersetzung mit den Aspekten
der medizinischen Machbarkeit
[Ruth Fendler-Vieregg](#)
- Partner im gesellschaftlichen Diskurs** _ 10
Wie kann Integration gelingen?
[Gabriele Erpenbeck](#)
- Christenverfolgung in Nigeria** _____ 12
Resignation ist keine Alternative
[Emeka Ani](#)

2 Katholikentag Leitwort

Suche Frieden

Ein Gestaltungsauftrag

"Suche Frieden" lautet das Leitwort für den 101. Deutschen Katholikentag, der vom 9. bis 13. Mai 2018 in Münster stattfinden wird. So hat es der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in seiner Sitzung am 9. September einstimmig beschlossen. Er ist damit einem Vorschlag gefolgt, für den sich die Leitung des Katholikentags nach eingehender und konstruktiver Beratung einstimmig ausgesprochen hatte. In beiden Gremien hat gerade die Mehrdeutigkeit dieser kurzen Formulierung überzeugt: "Suche Frieden" erlaubt eine thematische Fokussierung und eröffnet zugleich die für einen Katholikentag notwendigen, unterschiedlichen Perspektiven.

Von Beginn an sind Katholikentage mit dem Anspruch verbunden, die "Zeichen der Zeit" zu erkennen. Katholiken wollten das, was sie sahen und erlebten, aber nicht nur aus "sicherer Distanz" kommentieren, sondern aus der Perspektive des Evangeliums heraus an der Suche nach Antworten und Lösungen für die damit verbundenen Herausforderungen mitmischen. Bis heute geschieht dies auf jedem Katholikentag in aller Öffentlichkeit und unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit. Derzeit gibt es kein wichtigeres Thema im öffentlichen Diskurs über Religion als das Problem der Gewalt. Münster bietet sich hier wie keine andere deutsche Stadt an, eine Debatte zu führen, die um Lösungen ringt und Impulse für ein friedliches Miteinander geben kann.

Münster wurde – zusammen mit Osnabrück – zur Friedensstadt, nachdem im grausamsten Krieg der frühen Neuzeit über drei Jahrzehnte hinweg Millionen Menschen hingeschlachtet, ganze Länder Europas verwüstet worden waren und man 1648 hier Frieden schließen konnte. Drei-ßig Jahre zuvor, 1618 – im Katholikentagsjahr 2018 dann also vor genau 400 Jahren – war dieser Krieg entfacht worden. Daran werden wir beim Katholikentag 2018 denken. Und wir werden noch an einen weiteren grausamen Krieg erinnert werden: 2018 wird es 100 Jahre her sein, dass der 1. Weltkrieg zu Ende ging.

Die Sehnsucht nach Frieden

Krieg – ein Schreckenswort; es wird verbunden mit der Hoffnung, so etwas nie selbst erleben zu müssen! Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, dass seit Jahrtausenden und in vielen Kulturen die denkbar kürzeste Formel für einen Willkommensgruß der Friedensgruß ist: Pax – Schalom – Salam. In der Bibel begegnet einem keine Formulierung so oft wie "Der Friede sei mit dir!" oder "Der Friede sei mit euch!". Jeder Mensch sehnt sich nach Frieden. Gewiss: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts! Frieden ist weit mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Unsere tiefe Sehnsucht nach Frieden ist deshalb mehr als der Wunsch, von Krieg verschont zu bleiben. Frieden ist – das realisieren wir heute mehr denn je – zuerst ein Geschenk. Wer im Frieden leben kann, ist mit Kostbarem beschenkt, vielleicht mit dem Kostbarsten, das ein Menschenleben zu bieten hat. Dafür müssen wir uns aber auch einsetzen, daran müssen wir arbeiten und immer wieder neu nach Wegen zum Frieden suchen.

Im 34. Psalm heißt es: "Meide das Böse und tu das Gute; suche Frieden und jage ihm nach!" (Ps 34,15). Dieser Psalm wird David zugeschrieben, "als er sich vor Abimelech wahnsinnig stellte und dieser ihn wegtrieb und er ging" (1 Sam 21,11-16). Er spiegelt danach die Geschichte eines verfolgten Königsaspiranten, der sich listig tödlicher Gewalt entzieht, weil er auf Gott setzt, und daraus eine Friedensbotschaft ableitet, die sich alle Beter zu eigen machen sollen.

Zitiert wird das Friedenswort im Ersten Petrusbrief (1 Petr 3,11) zur Ermutigung einer Kirche die sich vielfacher Ablehnung ausgesetzt sieht. Es geht um eine Kirche, die nicht nur die Ungerechtigkeit beklagen, sondern an der Peripherie die Schnittstelle zwischen Gott und der Welt bilden soll: durch Menschen, die den Frieden suchen, weil sie an Gott glauben. Beide biblische Referenzen öffnen den Blick für die Geschichten derer, die sich auf die Suche nach Frieden gemacht haben.

Katholikentag

Leitwort

Aufschlussreich mehrdeutig

Der Psalm macht Hoffnung, dass Frieden keine Illusion, sondern eine Möglichkeit, ein Versprechen, ein Geschenk, eine Aufgabe ist. Der Brief tritt dafür ein, dass die Kirche ihre Berufung erkennt, eine Friedenszone zu sein und eine Friedensmission zu starten. Der Friede als solcher hat dabei sowohl nach Psalm 34 wie nach 1 Petr 3 drei Dimensionen:

- **Frieden mit Gott:** Der Krieg mit Gott muss beendet werden. Er besteht in dem Versuch von Menschen, Gott zu spielen. Er ist besonders grausam, wenn er im Namen Gottes geführt wird. Der Friede mit Gott wird nicht dadurch gestiftet, dass sich Gott mit den Menschen versöhnt, sondern dadurch, dass die Menschen mit Gott versöhnt werden (vgl. 2 Kor 5).
- **Frieden mit anderen:** Der Krieg mit anderen Menschen muss beendet werden. Er besteht in der irrigen Überzeugung, auf Kosten anderer leben zu dürfen. Er ist besonders grausam, wenn er religiös motiviert ist und gerechtfertigt scheint. Die Initiative, Frieden zu stiften, liegt Ps 34 und 1 Petr 3 zufolge bei den Kriegsoffern, die mit Gottes Hilfe versuchen, die Kriegstreiber zu überwinden. Innerkirchlicher, ökumenischer, interreligiöser, gesellschaftlicher, politischer, interkultureller Frieden sind die heute zu unterscheidenden und zu verbindenden Ebenen.
- **Frieden mit sich selbst:** Der Krieg mit sich selbst muss beendet werden. Er besteht im Zerwürfnis mit sich selbst. Er ist besonders grausam, wenn er als Krieg Gottes gegen das eigene Ich erlebt wird. Nach Ps 34 und 1 Petr 3 wächst der innere Friede dort, wo Gott die Ehre gegeben wird.

Imperativ und Hilferuf

Suche Frieden – das kann also auch bedeuten: Ich suche Frieden. Ich habe keinen Frieden. Ein sprachliches Verlierbild. Man stelle sich vor, an einem Schwarzen Brett in einem Institut der Universität Münster ist ein Zettel angepinnt, auf dem steht "Suche Frieden" – neben anderenzetteln mit "Suche WG" oder "Suche Job während der Semesterferien". Wer könnte diesen Zettel "Suche Frieden"

geschrieben haben? Ein Student, der nach 14 Semestern auch die letzte Chance für einen Studienabschluss vertan hat und deshalb verzweifelt auf verlorene Jahre seines Lebens zurückschaut? Eine aus Syrien geflüchtete Frau, die im Bürgerkrieg nicht nur ihren Ehemann und alles Hab und Gut, sondern auch jede Hoffnung auf eine Zukunft für sich und ihre Kinder verloren hat? Oder eine Frau aus meiner Nachbarschaft, die nicht die Kraft findet, aus einer zerrütteten Ehe auszubrechen? Ein aus dem Kongo stammender junger Mann, der die Traumata seiner Erlebnisse als Kindersoldat nicht überwinden kann? Vielleicht eine alte Frau, die seit Jahren im Streit mit ihren Kindern lebt? Oder jemand, der jeden Glauben an Gott und an das Gute in dieser Welt verloren hat?

Der Katholikentag muss Friedensstifter bestärken, aber die Friedensideale aus einer falschen Selbstverständlichkeit befreien:

- Welche Kriege müssen beendet werden?
- Welche Friedenspläne können geschmiedet werden?
- Wer ist auf der Suche nach Frieden?
- Welche Kriegstreiber müssen in die Schranken gewiesen werden? Welche Störer eines faulen Friedens müssen ermutigt werden?
- Welche Wege öffnen sich denen, die nach Frieden suchen? Welche Wege verengen oder verschließen sich?

Der Bibel zufolge ist die Suche nach Frieden die Suche nach Gott (Ps 34,11) – und umgekehrt. Die Herausforderung heute ist es, die Suche stark zu machen, die desto intensiver wird, je tiefer der Friede Gottes gespürt wird. Es gibt keine Patentrezepte, aber reflektierte Erfahrungen und Enttäuschungen, zerstörte und immer wieder neu aufkeimende Hoffnungen, laute und stumme Gebete, große und kleine Feste, die Gottes Frieden ahnen lassen. Indem er die Theozentrik konkretisiert, hat der Katholikentag die Chance, im Licht des Gottesglaubens das "Suche Frieden" als christliches Programmwort zu veranschaulichen.

| Professor Dr. Thomas Söding

Professor für Neues Testament an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

4 Europa

Wertegemeinschaft

Turbulente Zeiten

Gerechtes Wachstum – was heißt das und wie ermöglichen wir das?

Während meines politischen Lebens habe ich einiges an Veränderungen und Krisen miterlebt. Aber die Krisen, die wir seit meiner Amtszeit als Finanzminister – also seit 2009 – erleben, sind außergewöhnlich massiv, dicht, vielfältig und miteinander verwoben.

Der Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers im Jahr 2008 leitete weltweit eine Kettenreaktion von ungeheuren Ausmaßen ein. Mit einem Mal waren wir mit der größten Vertrauenskrise in unseren Märkten und Institutionen konfrontiert, die wir seit Jahrzehnten erlebt hatten. Insbesondere in Europa sind viele Länder in Schwierigkeiten geraten. Mit den Folgen leben wir noch heute. Dazu kommen seither die Kriege in der Ukraine und in Syrien; Millionen sind auf der Flucht, und der Terrorismus sucht uns heim. Daneben müssen wir einen immer schnelleren Wandel durch Globalisierung und Digitalisierung verarbeiten. Einige schaffen das. Einige andere aber nicht. Auch wenn Globalisierung für Millionen von Menschen die Chance bietet, sich aus Armut zu befreien und das Leben stärker in die eigene Hand zu nehmen, wächst das Gefühl, dass wir in einer auseinanderdriftenden Welt leben, in der es immer weniger Gewinner und immer mehr Verlierer gibt. Wir leben in turbulenten Zeiten, und vielen fällt es schwer, diese Turbulenzen zu sortieren. All dies birgt eine wachsende Gefahr für die soziale Kohärenz vielerorts.

Ein großes Ziel – kein leichtes Vorhaben

Deshalb ist die Frage des "gerechten Wachstums" so wichtig – auch wenn sie nicht neu ist. Schon zu Zeiten von Adam Smith stellte sich die Frage, wie Wachstum und Wohlstand für alle entstehen kann. Seitdem stellt sich die Wachstums- und Entwicklungsforschung diese Frage und versucht, aus ihren Einsichten politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Gerade in der westlichen Welt, und insbesondere für Europa, war und ist es das Ziel von Wachstum, mehr Wohlstand, mehr Freiheit, mehr Recht für alle zu schaffen. In anderen Worten: Es geht um gerechtes Wachstum.

Dies ist ein Ziel, das auf einer gemeinsamen europäisch-westlichen, auf einer moralischen Grundlage fußt. Darin zeigt sich, dass Europa nicht nur eine politische oder eine wirtschaftliche Gemeinschaft ist, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die von christlichen Werten geprägt ist. Diese Werte, die uns in Europa erlaubt haben, ein hohes Niveau an Freiheit, Recht, Fairness und Wohlstand aufzubauen, entstammen im Wesentlichen dem christlichen Gedanken, dass alle Menschen vor Gott gleich sind. Aber auch wenn wir uns all dessen bewusst sind, ist "gerechtes Wachstum" politisch kein leichtes Vorhaben.

Aus Fehlern lernen

Für Politik aus einem christlichen Impuls, so wie ich sie verstehe, geht es darum, dem menschlichen Handeln Rahmenbedingungen zu setzen, damit der Mensch seine Fähigkeit zu verantwortlichem und gerechtem Handeln auch leben kann. Das ist uns im Westen in den letzten Dekaden nicht immer gelungen, auch in der Europäischen Union nicht. Wir haben zu oft und immer wieder um das Goldene Kalb getanzt. Wir haben sinnvolle Rahmenbedingungen beseitigt; heilsame Schranken entfernt. Wir haben der Gier ermöglicht, sich auszuleben. Maßhalten und Demut gerieten unter die Räder. Wir haben gesehen, wozu das geführt hat.

Die resultierende Krise zwingt uns, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Damit haben wir bereits begonnen. Seit Lehman Brothers haben wir weltweit besser reguliert. Nachhaltiges und gerechtes Wachstum ist mittlerweile Ziel nicht nur von Nichtregierungsorganisationen, sondern auch von Regierungen. Das ist zuletzt auch bei der IWF-Herbsttagung in diesem Jahr deutlich geworden.

Es geht den Menschen weltweit inzwischen insgesamt besser als gelegentlich suggeriert wird, wie kürzlich Kishore Mahbubani und Lawrence H. Summers in der Zeitschrift "Foreign Affairs" eindrücklich dargelegt haben. Armut ist in großem Ausmaß zurückgegangen, und weltweit wachsen die besser gebildeten Mittelschichten. Die Welt wächst zusammen im Zeichen der Errungenschaften und des Gesellschaftsmodells des Westens.

Insbesondere uns in Deutschland geht es wirtschaftlich so gut wie nie zuvor. Das hat im Übrigen auch etwas mit

Europa

Wertegemeinschaft

der Finanzpolitik zu tun. Die Stetigkeit und Solidität unserer Finanzpolitik haben wesentlich dazu beigetragen, dass nach großen Krisen Vertrauen zurückgekehrt ist. Das wiederum hat mehr zu dem ordentlichen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre beigetragen, als viele wahrhaben wollen. Dieser Zusammenhang wird immer noch unterschätzt. Er zeigt sich auch in den Reformen, die wir in der EU vereinbart haben. Die Länder, die mutige und notwendige Reformen durchgeführt haben, ernten die Früchte ihrer Arbeit. Wir sehen, dass seriöse und konsequente Politik zu mehr Wohlstand, Chancen und Gerechtigkeit führen kann.

Europäische Aufgaben und europäische Werte

Dennoch ist nicht alles getan. Selbst in unserer relativ wohlhabenden Europäischen Union wächst das Gefühl der Ungerechtigkeit, und die Frage bleibt: Wie hält man die Gesellschaften zusammen? Wie sorgt man für gerechtes Wachstum? Wie schafft man Mäßigung gegen Übertreibung? Meine Antwort – trotz der aktuellen Herausforderungen – lautet nicht, dass wir dafür ein neues Wachstumsmodell brauchen. Vielmehr kann die Politik gerechtes Wachstum fördern, wenn sie die richtigen Rahmenbedingungen setzt – weltweit. Damit meine ich nicht nur eine nachhaltige, solide Finanzpolitik, sondern auch gezielte, konzertierte und verlässliche Reformen – etwa in der Regierungsführung, im Steuerbereich oder im Finanzsektor. Wir haben bereits einiges erreicht, aber es gibt nach wie vor einen großen Reformbedarf. Dies gilt gerade auch für die EU.

Und dennoch: die EU bleibt ohne Zweifel für viele attraktiv. Die Werte, die wir teilen und die ihren Ursprung vor allem auch in der christlichen Tradition Europas haben, bilden die Grundlage von Freiheit, Recht und Wohlstand, die wir heute genießen. Eine gute, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und gerechtes Wachstum gründen auf intakten Institutionen, die Ausdruck unserer Wertepprägung sind, auf Institutionen, mit denen wir Freiheit, Recht, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit tatsächlich wahren. Diese Werte erfreuen sich auch weltweit hoher Attraktivität. Wir müssen

allerdings versuchen, ihnen selbst immer noch ein wenig gerechter zu werden.

Wir im Westen müssen uns von dem Gedanken des Wachstums um jeden Preis lösen. Wir sollten stattdessen an einer maßvollen Revolution arbeiten, um einen grundlegenden Wandel in der Globalisierung zu schaffen. In den Krisenzonen des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas, im Irak und in Syrien, in Libyen und in der Sub-Sahara, müssen wir mehr investieren, wirtschaftlich und politisch. Und wir sollten die Globalisierung wirken lassen und endlich weitere Märkte öffnen. Das fordern die ärmeren Länder zu Recht von uns.

Bei der internationalen Besteuerung müssen wir weiter daran arbeiten, dass die weltweiten Steuersysteme zwar leistungsfähig bleiben, aber auch fairer und transparenter werden. In der EU müssen wir auf der Arbeit der Bankenunion aufbauen, damit künftig die Kosten einer Finanzkrise auch von denen getragen werden, die sie verursacht haben, und nicht von den Steuerzahlern. Weltweit brauchen wir mehr Strukturreformen, weniger Korruption und einen Abbau der immer noch viel zu hohen Verschuldung. Auf Kredite gestütztes Wachstum ist und bleibt eine Illusion. Es sind ja gerade nicht die Staaten und Volkswirtschaften mit hohen Schuldenständen, die nachhaltig wachsen – im Gegenteil. Weltweit beginnt man dies allmählich zu begreifen.

Wir Europäer müssen zeigen, dass wir nachhaltig wachsen können, ohne die soziale Kohärenz in unseren Gesellschaften zu gefährden, und ohne Blasen, Krisen und Zerstörungen der Schöpfung heraufzubeschwören – und das gar noch auf dem Rücken der Schwächeren in der Welt. Die reicheren Länder müssen sich den benachteiligten Regionen viel mehr zuwenden. In dieser globalisierten Welt wird gerechtes Wachstum nur zu erreichen sein, wenn wir bereit sind, mehr Verantwortung zu übernehmen, wenn wir unseren eigenen Ansprüchen gerecht werden und wenn wir unsere Werte tatsächlich leben.

| Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

6 Rentenpolitik Anforderungen

Verlässliche Altersversorgung für alle Generationen sichern

Sozialethische Maßstäbe für Reformvorhaben in der Rentenpolitik

In den letzten Wochen haben neueste Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums wieder eine kontroverse Debatte über die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland entfacht. Denn erstmals wird die Entwicklung des Rentenniveaus und der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung über 2030 hinaus prognostiziert – eine fast schon magische Jahresgrenze, nach deren Überschreiten der demografische Wandel für die Rentenkassen finanziell endgültig spürbar wird. Denn dann werden immer mehr Menschen aus der sog. Babyboomer-Generation in Rente gehen und immer weniger Erwerbstätige Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen. Auch eine kontinuierliche hohe Zuwanderung kann diese Entwicklung nur abmildern, aber nicht bremsen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die Zunahme veränderter Erwerbsbiografien.

Ohne weitere Reformen würde, laut den vorläufigen Prognosen, das Mindestsicherungsniveau von derzeit 47,9 Prozent auf unter 43 Prozent fallen und im Jahr 2045 nur noch bei 41,9 Prozent liegen. Die derzeitige Untergrenze für das Sicherungsniveau liegt bei 43 Prozent, sie ist jedoch nur bis zum Jahr 2030 festgelegt. Für eine Ausweitung rentenrechtlicher Leistungen gibt es zudem kaum noch Spielraum, wenn die festgelegte Höchstgrenze der Beitragssätze von 22 Prozent bis 2030 nicht überschritten werden soll. Gleichzeitig ist die oft beklagte Altersarmut heute in Deutschland glücklicherweise bisher kaum verbreitet. Ungefähr 3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner beziehen heute Grundsicherung im Alter, im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen ein eher geringer Anteil.

Vertrauen in die Altersversorgung erhalten

Die genauen Berechnungen werden mit dem Alterssicherungsbericht 2016 vorliegen, den Bundesministerin Nahles im November präsentieren wird, genauso wie ihr Rentenreformkonzept. Bereits jetzt wird über eine neue

Haltelinie für das Rentenniveau diskutiert, ab 2030 oder sogar schon früher. Zugleich werden Forderungen nach einem Einfrieren des heutigen Rentenniveaus immer lauter – sowohl im parteipolitischen Spektrum als auch bei Vertretern organisierter Interessengruppen. Dies erfolgt, trotz zum Teil gegenteiliger Beteuerungen, auch mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen 2017. Die mit diesen Forderungen verbundenen Kosten für die Beitrags- oder Steuerzahler – insbesondere für die jungen Generationen – werden dabei aber leider nur von wenigen erwähnt oder sogar verschwiegen.

Zugleich schürt diese Debatte zum Teil unbegründete Ängste und Sorgen bei vielen Menschen, dass sie im Rentenalter von Altersarmut betroffen sein werden und ihren erarbeiteten Lebensstandard nicht verlässlich sichern können. Diese Diskussion trägt somit auch zu einer allgemeinen Stimmung der gesellschaftlichen Verunsicherung bei, die in den letzten Jahren durch verschiedene Krisen zugenommen hat. Eine emotionalisierte Debatte um die Absicherung im Alter kann diese Verunsicherung verstärken und ist unbedingt zu vermeiden. Denn Einkommenssicherheit im Alter bildet ein wichtiges Fundament für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Ziel aller politischen Reformbemühungen muss sein, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, Stabilität und Verlässlichkeit des Alterssicherungssystems zu erhalten. Dazu ist eine sach- und lösungsorientierte Debatte notwendig, die die Herausforderungen und Probleme klar benennt und die die langfristigen Folgen und Kosten von Lösungskonzepten für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Generationen transparent macht.

Jüngere Generationen in den Fokus der Debatte stellen

Der fortschreitende demografische Wandel, veränderte Erwerbsbiografien und Arbeitsbedingungen in einer digitalisierten Gesellschaft sowie die zunehmende Vielfalt an Lebensverläufen stellen unser Alterssicherungssystem vor große Herausforderungen. Sie machen Anpassungen notwendig, um Altersarmut zu vermeiden und die Sicherung des erarbeiteten Lebensstandards zu ermöglichen. Dies betrifft insbesondere die Alterssicherung der jüngeren Generationen. Daher müssen sie und weniger die Rentnerinnen und Rentner heute oder die rentennahen Jahrgänge im Fokus der politischen Debatte stehen.

Rentenpolitik Anforderungen

In der Vergangenheit wurden angesichts der demografischen Entwicklung bereits wichtige Weichenstellungen zur Stabilisierung des umlagefinanzierten Systems vorgenommen: eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters bis 2030, ein verlangsamer Anstieg der Rentenhöhe durch den Einbau eines Nachhaltigkeits- und Riesterfaktors in die Rentenformel und eine bessere Förderung von kapitalgedeckter betrieblicher und privater Vorsorge. Dieser Weg bleibt – bei aller berechtigten Kritik z. B. an der bürokratischen Gestaltung einzelner Reformmaßnahmen – im Grundsatz richtig und muss jetzt, angesichts der genannten Herausforderungen und insbesondere mit der Perspektive auf die Zeit nach 2030, fortgeschrieben werden.

So wichtig die Reformen im Rentensystem auch sind, so darf jedoch nicht vergessen werden: Die Rente im Alter ist vor allem ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Eine vorsorgende Politik zur Vermeidung von Altersarmut muss deshalb insbesondere bei den Erwerbchancen ansetzen. Eine gute und zukunftsweisende Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik bilden somit die Grundlage für eine zukunftsfeste Alterssicherung.

Sozialethische Anforderungen

Die anstehenden Reformen in der Alterssicherung müssen sich an festen Gestaltungsprinzipien und Maßstäben messen lassen. Der Sachbereich "Wirtschaft und Soziales" im ZdK hat daher in einem Erklärungstext für die bevorstehende ZdK-Vollversammlung sozialethische Anforderungen an eine Alterssicherung in der Lebens- und Arbeitswelt von morgen formuliert. Er spricht sich im Grundsatz für die Beibehaltung des bestehenden Systems aus und bietet Orientierung für eine oft interessengeleitete und parteipolitisch geführte Rentendebatte. Alle Reformvorhaben müssen den sozialethischen Maßstäben von Solidarität und Subsidiarität sowie der Generationen-, Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit entsprechen.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Leistungsgerechtigkeit muss es sich daher auch weiterhin lohnen, Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Das System verliert seine Legitimität, wenn Versi-

cherte nach langjährigen durchschnittlichen Beitragszahlungen dennoch Leistungen aus der staatlichen Grundsicherung beziehen müssen. Dieses den Bedarf prüfende Grundsicherungssystem kann immer nur die letzte Auffangmöglichkeit sein, zugleich muss es den Lebensunterhalt entsprechend dem soziokulturellen Existenzminimum sichern.

Solidarität bedeutet, dass alle in der Alterssicherung inter- und intragenerationell aufeinander angewiesen sind. Menschen mit unsicheren und niedrigen Einkommensperspektiven benötigen mehr Unterstützung bei der Altersvorsorge als Menschen mit hohem Einkommen. Zur Vermeidung von Lücken in der Versicherungsbiografie müssen die Mechanismen zum Erwerb von Rentenansprüchen an die veränderten Erwerbsverläufe und Beschäftigungsrealitäten der jetzt lebenden Generationen angepasst werden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen auch künftige Rentnergenerationen an der Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards teilhaben können. Angesichts der demografischen Entwicklung braucht es zugleich die Zusicherung eines Mindestrentenniveaus für die jüngeren Generationen sowie Grenzen bei der Belastbarkeit durch Beitragszahlungen. Daher darf die Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung und die längere Rentenbezugsdauer bei der künftigen Festlegung des Renteneintrittsalters kein Tabu sein. Zudem müssen familiäre Leistungen für unbezahlte Sorgearbeit in der Kindererziehung und in der Pflege bei der Rentenhöhe noch stärker anerkannt werden. Sie sind für den Erhalt des Generationenvertrages und das Funktionieren des Systems zwingend notwendig.

Subsidiarität und Solidarität gelten auch als Maßstäbe für die kapitalgedeckte betriebliche und private Altersvorsorge, die für die meisten als wichtige ergänzende Sicherungsfunktion für den Lebensstandard dient. Diese Eigenvorsorge muss über staatliche Zuschüsse und steuerliche Förderung künftig für alle Einkommensgruppen, insbesondere auch Geringverdienende, attraktiv sein.

| [Hildegard Müller](#)
Sprecherin für Wirtschaft und Soziales im ZdK

8 Reproduktionsmedizin – Beratung

Unerfüllter Kinderwunsch – psychosoziale Beratung

Auseinandersetzung mit den Aspekten der medizinischen Machbarkeit

Eine Familie zu gründen, sich ein Kind zu wünschen ist ein natürliches und berechtigtes Anliegen vieler Menschen. Aufgrund privater oder beruflicher Gegebenheiten verschieben Frauen und Männer immer häufiger die Umsetzung ihres Kinderwunsches auf einen späteren Zeitpunkt. Der Wunsch nach einer guten Ausbildung oder einem Studium, dem Berufseinstieg und dem beruflichen Aufstieg, die Frage der Partnerwahl und die der Familiengründung, diese Fragen werden in erster Linie an die Frauen gerichtet. Der Lebensplan, der auch die Umsetzung des Kinderwunsches beinhaltet, verschiebt sich häufig angesichts dieser Fragen. So wird oft aus einer den Umständen geschuldeten gewollten Kinderlosigkeit eine ungewollte Kinderlosigkeit.

Ungewollte Kinderlosigkeit ist eine Tatsache, mit der immer mehr Paare in ihrem Leben konfrontiert werden. Paare werden von dieser Tatsache völlig überrascht. Das Ausbleiben einer gewünschten Schwangerschaft führt sie an Grenzen der individuellen Lebensgestaltung und der Umsetzung des scheinbar Selbstverständlichen. Wenn sich der Kinderwunsch nicht auf natürlichem Weg erfüllen lässt, kann das für die betroffenen Paare eine psychische und physische Belastung bedeuten. Fragen tun sich auf: "Warum ist mir das Selbstverständlichste nicht gegeben?", "Was ist medizinisch alles machbar und will ich das, was machbar ist, für mich realisieren?", "Welche ethischen Fragestellungen gehen für mich mit der Erfüllung meines Kinderwunsches einher?", "Was bedeutet für mich, was bedeutet für meine Partnerschaft eine vielfache Elternschaft?", "Was habe ich in meinem Leben verkehrt gemacht, dass sich mein Wunsch nach einem Kind nicht erfüllt?", "Wie kann ich mit den Konsequenzen dieser Lebenssituation umgehen?" "Wo liegen Alternativen in meinem Leben, wie kann ich es auch ohne eigenes Kind sinnvoll und erfüllend gestalten?". Fragen nach Abschied vom Kinderwunsch stellen die Betroffenen vor eine Herausforderung.

Und gleichzeitig gibt es da das Angebot der Reproduktionsmedizin in ihrer Vielfalt. Vieles scheint möglich und machbar. Die Reproduktionsmedizin hat sich rasant entwickelt. Im Juli 1978 wurde in England Louise Brown geboren, das erste Kind, das durch künstliche Befruchtung entstanden ist. Damals gab es intensive ethische Debatten über diese Option und über die Frage nach möglichen Gefahren für das Kind – aber auch ethische Fragestellungen bezogen auf das Menschenbild in unserer Gesellschaft.

Dennoch bedeutete diese medizinische Entwicklung auch, dass Paare, die ungewollt kinderlos waren und sind, Hoffnung schöpfen auf ein leibliches Kind. *donum vitae* als Beratungsverband steht begleitend an der Seite der Betroffenen und erkennt die Not an, die mit einem unerfüllten Kinderwunsch einhergehen kann, an.

Im Sinne des Kindeswohls

Wir sehen auch das Angebot der Reproduktionsmedizin mit der Machbarkeit des scheinbar Unmöglichen. Und auch da sind wir an der Seite der Betroffenen, gehen mit ihnen den beratenden Weg, der auch bedeuten kann, neue Perspektiven zu entwickeln, die Entscheidung auch gegen die scheinbare Machbarkeit zu treffen, einen Plan B zu entwickeln. Nur wer Raum findet, medizinisch Mögliches zu verstehen und gleichzeitig zu erspüren, was es für ihn selbst in der Nicht-Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten bedeutet, kann entscheiden, welche Option für sie oder ihn passt.

Assistierte Reproduktion in Anspruch zu nehmen, ist eine Option bei ungewollter Kinderlosigkeit, die besondere ethische Fragestellungen für die Betroffenen mit sich bringt. Durch die Möglichkeiten der Gametenspende (Samen-, Embryonen- und Eizellspende) und die Option der Leihmutterchaft haben wir es mit gespaltenen Elternschaften zu tun. Das bedeutet, es kann genetische Eltern (Samen-, Eizell-, Embryonenspende), biologische Elternschaft (Leihmutterchaft) und soziale Elternschaft geben. Diese möglichen vielfältigen Formen von Elternschaft gilt es im Sinne des Kindeswohls im Blick zu halten. In Deutschland ist die Samenspende erlaubt und Embryonenspende/Embryonenadoption wird teilweise angeboten. Eizellspende und Leihmutterchaft sind in Deutsch-

Reproduktionsmedizin

Beratung

land verboten, im nahen europäischen Ausland teilweise erlaubt. Das Entstehen möglicher Mehrlingsschwangerschaften ist ebenfalls ein Aspekt, mit dem sich betroffene Paare auseinandersetzen müssen.

donum vitae sieht sich auch in der Verantwortung, die Anwaltschaft für das (ungeborene) Kind zu übernehmen. Wir halten es für unabdingbar, diesem Kind sein Recht auf das Wissen um die eigene Herkunft zuzugestehen. Aus der Adoptionsforschung wissen wir, dass das Nichtwissen um die eigene Herkunft eine große Belastung für die betroffenen Menschen darstellt. Die psychosoziale Beratung berücksichtigt dieses Recht und unterstützt Paare in der Beratungssituation, dieses Recht des Kindes anzuerkennen und wahrzunehmen.

Die ethischen Fragestellungen, die es bereits 1978 bei der ersten In-vitro-Fertilisation gegeben hat, stellen sich heute immer wieder auf das Neue. Den Blick auf das Kind zu behalten ist unabdingbar, ebenso auf das Menschenbild unserer Gesellschaft und die Frage "Müssen wir alles tun, was medizinisch machbar ist?" aus Sehnsucht nach einem Kind. Oder gilt es Grenzen des Seins zu akzeptieren?

Beratungssituation

Ein konkretes Beispiel: Paar M. wünscht vor einer Spermienbehandlung ein Beratungsgespräch. Frau M. ist 34 Jahre alt, Herr M. ist 38 Jahre alt. Beide sind bisher voll berufstätig. Wie sie berichten, besteht seit sieben Jahren ihr bislang unerfüllter Kinderwunsch. Es wurde ein Spermogramm erstellt, welches eine sehr eingeschränkte Zeugungsfähigkeit bei dem Mann attestiert. Im Rahmen der assistierten Reproduktion wurden zwei Inseminationen durchgeführt und vier In-vitro-Fertilisationen (einschließlich ICSI), die jedoch ohne Erfolg geblieben sind. Die Partnerschaft beginnt zu leiden, da der unerfüllte Kinderwunsch im Alltag einen sehr großen Raum einnimmt. Frau M. hat das Gefühl, dass sie aufgrund ihres Alters, keine Zeit mehr hat. In der Beratungssituation zeigt sich das Paar gut informiert. Beratungsschwerpunkte sind der Blick auf die gemeinsame Beziehung, der Abschied von der Realität, dass sich der Kinderwunsch auf natürlichem Weg erfüllt und damit einhergehend, die Akzeptanz und der Abschied von der "Selbstverständlichkeit", ein Kind

zeugen zu können. Des Weiteren nehmen Aspekte wie die Aufklärung des Kindes über seine Herkunft einen großen Raum ein. Hier zeigt sich das Paar sehr offen und es werden Ideen entwickelt, wie sich diese Aufklärung in einer selbstverständlichen Weise von Anfang an gestalten lässt. Weitere Schwerpunkte in der Beratung sind die Bedeutung von sozialer und genetischer Elternschaft – was macht das mit dem zukünftigen sozialen Vater, dass er nicht der genetische Vater ist? Ein weiterer Schwerpunkt der psychosozialen Beratung ist auch die Entwicklung eines sogenannten Plan B mit der Fragestellung: "Was machen wir, wenn wir zum Zeitpunkt X feststellen, dass wir doch kein Kind bekommen können?" Das Paar wurde auf eigenen Wunsch während der Kinderwunschbehandlung psychosozial begleitet, um so "eine Stärkung" zu erfahren.

Fazit

donum vitae kann und will sich nicht gegenüber den medizinischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verschließen und will doch auch Raum geben für die Auseinandersetzung mit den Aspekten der medizinischen Machbarkeit und der Wahl, diese nicht in Anspruch zu nehmen. *donum vitae* möchte von unerfülltem Kinderwunsch betroffenen Menschen in dieser Lebenssituation ein gutes psychosoziales Beratungsangebot unterbreiten. *donum vitae* macht sich stark für die Einbindung der psychosozialen Beratung im Rahmen der Kinderwunschbehandlung. *donum vitae* macht sich stark für das Recht des Kindes auf das Wissen um seine Herkunft.

Es gilt Optionen zu schaffen, Familiengründung, Familienphase und Berufsphasen zukünftig noch besser parallel verwirklichen zu können. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Familiengründung auch in einer früheren Lebensphase möglich sein wird. Informationen über Ursachen, Gründe und Folgen von ungewollter Kinderlosigkeit müssen frühzeitig in das Bewusstsein der Menschen gebracht werden.

| Ruth Fendler-Vieregg

Referentin für den Bereich Fortbildung und Pränataldiagnostik beim *donum vitae* Bundesverband in Bonn

10 | Zuwanderung Integration

Partner im gesellschaftlichen Diskurs

Wie kann Integration gelingen?

Integration zielt auf den Abbau von Benachteiligungen und die Schaffung positiver Lebensbedingungen für alle in der Gesellschaft. Die Überwindung und Verhinderung von Ausgrenzung, interkulturelles Lernen, der Abbau von Fremdenfeindlichkeit und die Förderung und Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Integrationspolitik bedeutet also die Schaffung von entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen und zugleich das Einwirken auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Erreichung der politischen Ziele. Sie zielt nicht allein auf diejenigen, die zuwandern wollen oder sollen oder schon zugewandert sind. Integrationspolitik muss ebenso die einheimische Bevölkerung im Blick haben, die für die Förderung und Ziele der Integration gewonnen werden muss.

Über die besten Wege und die Ziele zur Integration wie über ihre Sinnhaftigkeit wird seit inzwischen fast 50 Jahren diskutiert, gestritten und geforscht. Vieles wurde immer wieder in unzähligen Projekten mehr oder weniger erfolgreich ausprobiert und umgesetzt. Meist ging es um Sprachlernangebote, Bildungsangebote oder berufliche Qualifizierung. Aber nur ausnahmsweise wurde das, was sich als sinnvoll oder effizient erwies, flächendeckend eingeführt. Die Projekte haben all denen genutzt, die das Glück hatten, dass ihnen darin ein Platz angeboten werden konnte; insgesamt war es immer nur ein kleiner Bruchteil der Zugewanderten.

Ohne Kommunikation keine Integration

Allgemeingut ist heute, dass ausreichende Sprachkenntnisse unerlässlich sind. Möglichst bald nach Ankunft ist damit zu beginnen, die Sprache der Aufnahmegesellschaft zu lernen. Seit einigen Jahren werden Deutschkurse für Neuzuwanderer angeboten und mit öffentlichen Mitteln finanziert. Das systematische Erlernen der

Sprache kann nicht allein dem Zufall bzw. der Initiative Einzelner überlassen bleiben. Die seit einigen Jahren existierenden und rechtlich geregelten Integrationskurse helfen mit 600 Stunden Deutschunterricht beim Erwerb der Grundlagen. Sie erfreuen sich einer regen Nachfrage auch bei Menschen, die schon lange in Deutschland leben und sprachlich Nachholbedarf haben.

Am Beginn des Integrationsprozesses steht die Notwendigkeit, die Kommunikation zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und den Zuwandernden zu ermöglichen: ohne Kommunikation keine Integration. Sie ist notwendig zur Information und zur Verständigung über die gemeinsamen "Spielregeln" und um die notwendigen Veränderungs- und Anpassungsprozesse in Gang zu setzen. Ausreichende Sprachkenntnisse sind nicht nur Voraussetzung zur sozialen Integration. Sie sind nachzuweisen, wenn die rechtliche Integration durch die schrittweise Verfestigung des Aufenthaltes folgen soll. Ohne rechtliche Integration sind Chancengleichheit und schließlich der Zugang zu allen Rechten in der Gesellschaft nicht zu erreichen.

Die jahrelangen Diskussionen zwischen Praxis, Forschung und Politik haben gezeigt, dass möglichst frühzeitig geklärt werden sollte, welche Bildungs- und Berufsqualifikationen Zuwandernde mitbringen, damit sie möglichst passgenau und ohne allzu großen Zeitverlust eine Chance am Arbeitsmarkt erhalten. Hier sind wichtige Fortschritte gemacht worden. Lange war es üblich, Asylsuchende, Flüchtlinge oder nachziehende Familienangehörige zumindest auf Zeit nicht zum Arbeitsmarkt zuzulassen. Das wurde in den letzten Jahren nach und nach gelockert. Das ist eher den Aufnahmemöglichkeiten des Arbeitsmarktes geschuldet als der allgemeinen Einsicht, dass die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist. Integration in den Arbeitsmarkt muss also rechtlich ermöglicht werden. Integration kann allein auf der Basis sozialer Transferleistungen nicht gelingen.

Integration ist keine Einbahnstraße.

Die Aufnahmegesellschaft setzt die Rahmenbedingungen für die Integration von Zuwanderern. Sie sind geprägt

Zuwanderung Integration

vom legitimen Eigeninteresse der Aufnahmegesellschaft und in der Regel sehr verschieden für die unterschiedlichen Gruppen der Zuwandernden. Dabei geht es um den rechtlichen Rahmen der Bleibeperspektive und die Verfestigung des Aufenthaltes bis zur Einbürgerung. In der öffentlichen Diskussion steht die andere Seite der Medaille im Vordergrund: die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren, die Zuwandernde kennenlernen, akzeptieren und leben sollen. Integration ist keine Einbahnstraße. Das heißt im Klartext: Integration verändert die Gesellschaft. Zuwandernde bringen ihre Kultur, ihre Bräuche, ihre Erfahrungen und auch ihre religiösen Überzeugungen mit. Selbst wenn sie sich an die Gesetze und Regeln der neuen Umgebung halten und sich anpassen, wird sich auch die Umgebung ändern, weil immer das, was gefällt, übernommen wird.

In der öffentlichen Diskussion wurde unter Integration eher Assimilation verstanden. Anders ausgedrückt, die Zuwandernden sollten über kurz oder lang sozusagen unsichtbar werden bzw. nicht mehr als "anders" auffallen. Dies tritt in der Regel so nicht ein. Davon sind inzwischen viele überzeugt. Hier liegt wohl auch einer der Gründe für die sich verbreitende Skepsis und Angst gegenüber Zuwanderung. Um Inhalte und Ziele der Integration wird deshalb gestritten und muss gestritten werden, denn Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik.

Werte und Normen des Zusammenlebens

Gelingende Integration braucht faire Chancen zur sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe. Integration ohne Partizipation führt zu Segregation und Ausgrenzung. Das gilt für Individuen wie für ethnisch, kulturell oder religiös definierte Zusammenschlüsse. Das ist leicht gesagt in einer Zeit, in der Verlustängste grassieren, populistisch instrumentalisiert und weiter geschürt werden. Um die Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, ist es u. a. erforderlich, die gegenseitige Akzeptanz zu stärken, über Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitgestaltung zu informieren, strukturelle und rechtliche Hindernisse abzubauen und schließlich die Einbürgerung zu fördern.

Von den Zugewanderten ist zu fordern, dass sie sich wie alle anderen an Recht und Gesetz zu halten haben. Das

Grundgesetz als Verfassung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist Grundlage für ein friedliches Zusammenleben und für ein besseres Leben als in den Ländern und Regionen, aus denen Menschen flüchten.

Die Werte und Normen des Zusammenlebens müssen vermittelt und erklärt werden. Dazu gehören die Meinungsfreiheit wie die negative und positive Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die sexuelle Selbstbestimmung, das Recht auf gewaltfreie Erziehung, und die Liste lässt sich natürlich noch verlängern. Es muss klar sein, dass für alle dieselben Regeln gelten. Nur dies gewährleistet die Freiheit und Sicherheit aller. Freiheit ist stets mit Verantwortung verbunden. Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Andersdenkende sind damit nicht vereinbar, ganz gleich aus welcher Richtung. Von den islamischen Verbänden kann nicht weniger, aber auch nicht mehr erwartet werden als von anderen Glaubensgemeinschaften. Sie müssen ohne Wenn und Aber Partner im gesellschaftlichen Diskurs und bei den Integrationsbemühungen werden.

Mein Fazit ist: für das Gelingen von Integrationsprozessen ist ein positives, integrationsfreundliches gesellschaftliches Klima wichtiger als die religiöse Prägung oder die Intensität der Religionsausübung. Diskriminierung, Rassismus, Ausgrenzung, pauschale Verdächtigungen bergen die Gefahr des Rückzugs in geschlossene Gruppen oder auch einer wachsenden Attraktion von fundamentalistischem Gedankengut und daraus resultierenden Verhaltensweisen.

Ohne aktive Teilhabe bleibt Integration bei den neu Hinzukommenden auf halbem Wege stecken, und bei den anderen wachsen Verlust- und Absturzängste. Nötig ist ein fairer gesellschaftlicher Diskurs über das Fundament und den Rahmen für das Zusammenleben, d. h. über nicht aufgebare Grundrechte und Pflichten für jeden, aber auch darüber, was zu verändern ist, damit gleichberechtigt und gemeinsam die Zukunft des Gemeinwesens gestaltet werden kann.

| Gabriele Erpenbeck

Vorsitzende des Gesprächskreises "Christen und Muslime" beim ZdK und Beraterin in der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz

Christenverfolgung in Nigeria

Resignation ist keine Alternative

Nigeria ist ein Land, das wie viele andere afrikanische Länder durch den Kolonialismus zu einer Nation zusammengebastelt wurde. Immer wieder kommt es entlang politischer und religiöser Überzeugungslinien zu sporadischen Konflikten bis hin zum Bürgerkrieg; nur eine von vielen logischen Konsequenzen dieser geo-politischen Bastelei.

Konflikte waren schon von Beginn an vorherbestimmt. Der heute fast zehnjährige Konflikt durch Boko Haram übertrifft alle Vorstellungen, sowohl im Ausmaß als auch als unheilvolles Vorbild für weitere Konflikte in Nigeria. Noch erschreckender ist das Potenzial dieses Konflikts. Boko Haram droht, Nigeria sowie die ganze Region schlagartig und dauerhaft zu destabilisieren. Schon jetzt sind die umliegenden Länder von Nigeria, Kamerun und Tschad, in Mitleidenschaft gezogen. Boko Haram, das buchstäblich "gegen westliche Kultur" (Anm. des Autors: inklusive Bildung) bedeutet, hat seinen Ursprung im Norden Nigerias. Die Tatsache, dass Boko Haram sich nun zum sogenannten IS auf der arabischen Halbinsel als offizieller Arm bekennt, verleiht ihm ein wesentlich breiteres Spektrum und operationelles Gebiet, das Europa involviert. Es sichert ihm alle erdenkliche Unterstützung zu, bis hin zur Finanzierung. Die Abstände zwischen Boko Haram in Westafrika, den Janjuwins im Sudan und Al-Scha-

bab in Somalia werden immer kleiner. Sobald sich diese Achse schließt, droht Afrika, sich in einen großen Feuerball zu verwandeln, angeheizt und entflammt mit dem Blut der christlichen Bevölkerung. Dieses Szenario mag apokalyptisch klingen, ist aber erschreckend realistisch. Denn schon jetzt haben al-Qaida und der IS ihre Basis in Nordafrika befestigt und sind bis auf Bamako in Mali vorgedrungen, wo die Franzosen (Malis Kolonialmacht) schnell interveniert haben. Für Nachschub der Dschihadisten wird reichlich aus dem Norden Afrika gesorgt. In den ganzen Gewaltorgien in Nigeria, Kamerun und Tschad durch Islamisten sind die Christen das primäre Ziel. Wir erleben zurzeit in Nigeria die größte und brutalste Christenverfolgung in der Geschichte des Kontinents. Von den 270 entführten Chibokmädchen hat man viel mitbekommen. Von den 92 Schulkindern, denen mitten in der Nacht die Kehle durchgeschnitten wurde, hat man eher wenig gehört. Solche Beispiele der Brutalität sind gar keine Seltenheit in diesem Konflikt. Familien werden vorgeführt und öffentlich hingerichtet. Mittlerweile sind mehrere Massengräber gefüllt worden.

Nigeria ist nicht nur das größte Land der Region, sondern auch das einflussreichste. Ein fester Griff auf Nigeria durch die Islamisten käme wohl einer Kapitulation der ganzen Region gleich. Gerade deshalb ist die Welt gefordert, Boko Haram und seine Anhänger in Nigeria schnell und dauerhaft zu besiegen. Die Welt und die Weltkirche können sich keinen Zuschauer-Status mehr leisten. Die Politiker zeigen sich unwillig oder überfordert. Die Überzeugung, dass die Regierung Nigerias keine realistische Lösung zu diesem Konflikt wagt, stößt viele in die Resignation. Die Ortskirche ist maßlos überfordert. Von der kirchlichen Schirmstruktur Nigerias, der Bischofskonferenz fehlt meines Erachtens die richtungsweisende Perspektive, Engagement und Mut. Eine Orientierungspluralität unter den Bischöfen verhindert die nötige Einheit und Geschlossenheit. Verlierer sind letztendlich die Armen, die Leidenden und natürlich der christliche Glauben. Die verfolgten Christen in Nigeria, Kamerun und Tschad erwarten und brauchen die Solidarität der Glaubensgeschwister in der Weltkirche.

| **Dr. Emeka Ani**

Mitglied der Afrikanischen Gemeinde in Frankfurt